



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/216 - 24. September 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Chemie im Kochtopf? "Klarheit und Wahrheit auf dem Warenmarkt, Grösstmöglicher Schutz der Gesundheit!" Von Irma Keilhack, KdD	115
4	Belgrad sucht nach neuen Initiativen Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	53
5	Der "zähe, schlammige Krieg" in Laos Hintergrund und Perspektiven	41
6	Schnelle Wandlung Moskaus Abrüstungsplan im Spiegel einer Woche	33
7	Kein Recht, mit Steinen zu werfen Zu einem umstrittenen Beschluss der IG Druck und Papier	49

* * *
* *

Chemie im Kochtopf?

Von Irma Keilhack, MdB

In drei Monaten sollen laut Novelle zum Lebensmittelgesetz die neuen Bestimmungen über die erlaubten Fremdstoff-Beimischungen und ihre Kennzeichnung in Kraft treten. Sie können es nur, wenn in aller kürzester Zeit die dazu notwendigen Rechtsverordnungen von der Bundesregierung vorgelegt und vom Bundesrat angenommen werden. Diese Verordnungen müssen die Farb-, Konservierungs- und sonstigen Beimischungs- und Bearbeitungsstoffe enthalten, die von dem im neuen Lebensmittelgesetz ausgesprochenen Fremdstoff-Verbot ausgenommen werden können. Sie müssen "gesundheitlich unbedenklich", und ihre Verwendung muß mit dem "Schutz des Verbrauchers" vereinbar sein.

Viele haben sich gewundert, daß die Bestimmungen dieser Novelle nicht bereits s o f o r t nach ihrer Verkündung, sondern erst zum Ende dieses Jahres in Kraft treten werden. Diese Ein-Jahres-Frist ist, vor allem von den Sozialdemokraten, sehr zögernd und schließlich nur deshalb hingenommen worden, weil die Ernährungswirtschaft und die anderen betroffenen Gewerbezweige erklärten, daß die Produktionsumstellung und die notwendigen neuen Verpackungsmaterialien (wegen der Deklarationspflicht) eine solche Laufzeit erforderlich machten. Umso verwunderlicher ist es allerdings, daß das Bundesinnenministerium sich nicht alsbald nach Verkündung des Gesetzes um die Fertigstellung der notwendigen Rechtsverordnungen bemühte, damit der Wirtschaft in diesem einen Jahr eine Umstellung auf die neuen Bestimmungen ermöglicht wurde. Diese Verordnungen sind auch heute noch im Stadium des Referenten-Entwurfs und zur Stellungnahme an die Landesregierungen gegangen. Man darf gespannt sein, ob sie termingerecht an den Bundesrat gehen. Erstaunlich ist auch der Langmut der Wirtschaft, der beim Bundestag auf eine Jahresfrist drang und die Verzögerung im Erlaß der Verordnungen durch die Bundesregierung ohne großes Drängen hinnimmt. Rechnet man etwa damit, daß die Bundesregierung beim Parlament um eine Fristverlängerung des Lebensmittelgesetzes nachsucht? Sie wird mit der Zustimmung des Bundestages kaum rechnen können. Das würde auch einen Proteststurm auslösen, denn kein Gesetz der letzten Jahre ist in der Öffentlichkeit so nachdrücklich beachtet und begrüßt worden!

Die vorliegenden Entwürfe zu den Rechtsverordnungen lassen gewisse Schlußfolgerungen auf die endgültige Fassung zu. Sie erfordern aus diesem Grunde Beachtung und Kritik. Nach einem Blick auf die Farb- und Kon-

servierungsstoff-Listen und die für solche Zusätze zugelassenen Lebensmittel fragt man sich, ob eine so große Zahl freigegeben werden mußte. Der eindeutige Wille des Gesetzgebers war, die Fremdstoff-Verwendung auf ein Mindestmaß zu reduzieren, um die bedenkliche Summierung beim Verzehr zu beschränken, aber auch deshalb, um einen gewissen Zwang zur vermehrten Anwendung natürlicher Verfahren, zur qualitativen Verbesserung der Rohstoffe und Waren und zur Modernisierung der Verpackungs- und Transportmittel wirksam werden zu lassen.

Warum z.B. gestattet man in den Verordnungen noch die Konservierungsstoffe in der Margarine, einem Hauptnahrungsmittel, da es schon unzählige Produkte gibt, die ungefärbt und unkonserviert angeboten werden?

Warum soll es für das Konservierungsmittel Hexamethylentetramin noch eine Verwendungsmöglichkeit für weitere drei Jahre - bis zum 31. Dezember 1962 - geben? Seit Jahren weiß die fischverarbeitende Industrie, die dieses Konservierungsmittel vorwiegend verwendet, daß es gesundheitlich nicht unbedenklich ist. Würde sie sich nicht schon längst um die Entwicklung eines anderen Konservierungstoffes bemühen oder neue Formen der Haltbarmachung experimentieren?

Wird man etwa auch die Verwendung von Borsäure zum Haltbarmachen von Krabben weiter gestatten? Borsäure wird von namhaften Wissenschaftlern als gesundheitsschädlich abgelehnt!

Ein besonderes Augenmerk verlangt die unbegrenzte Zulassung von Phosphaten in der "allgemeinen Fremdstoff-Verordnung" und seine begrenzte Zulassung in der beabsichtigten "Fleisch- und Fleischwaren-Verordnung". Im ersteren Fall ist nicht einmal eine Deklarationspflicht vorgesehen, obgleich das Bundesgesundheitsamt (nach Darstellung des Bundesinnenministeriums) den Phosphat-Zusatz sehr begrenzt sehen will, sowohl hinsichtlich der Menge als auch des Kreises der Lebensmittel. Nach Ansicht von Wissenschaftlern ist die Wirkung der Phosphate auf die menschliche Gesundheit noch gar nicht klargestellt. Warum soll es eigentlich für die Herstellung der Wurst erlaubt werden? Bisher gestatteten es nur zwei oder drei Länder - als Überreste von Kriegsgesetzen. In den übrigen wurden auch ohne diesen Fremdstoff gute Fleischwaren hergestellt. Phosphate sind - abgesehen von möglichen gesundheitlichen Schäden - ein hervorragender Zusatzstoff zur Täuschung von z.B. Wurstqualitäten. Es ist unerfindlich, warum dieser Fremdstoff statt für alle Länder verboten, nunmehr in der ganzen Bundesrepublik erlaubt werden soll. Ist die Industrie oder das Schlachtereigewerbe daran interessiert? Der Konsument wünscht es jedenfalls nicht!

Wo bleibt die erwünschte Entwicklung zur Qualitätssteigerung, wenn die gute Warenqualität für den unkundigen Käufer weiterhin nicht von einer minderwertigen unterschieden werden kann, weil diese mit Farbe und Konservierungsstoff hergerichtet wird? Die Deklarierung kann Hilfestellung leisten, aber sie schafft es nicht allein. Doch gerade bei der Deklarierungspflicht gibt es in den Verordnungs-Entwürfen sehr bedenkliche Ansätze, die ganz sicher nicht vom Bundesrat übersehen werden. Hier haben die Vertreter der Wirtschaft ganz offensichtlich handfeste Interessen durchgesetzt. Es wird nötig werden, daß auch der Bundestags-Ausschuß für Gesundheitsfragen dazu sein Votum abgibt und sich bei Beginn der Arbeitsperiode des Parlaments damit befaßt, um einer Fehlinterpretation des Gesetzes durch die Regierung vorzubeugen.

Die Margarine-Industrie hat mit Erfolg versucht, die von den Wissenschaftlern eindeutig als Fremdstoff bezeichnete Farbe "Annatto" aus der Farbstoff-Liste in die "allgemeine Verordnung" zu bringen, die die unbedenklichen, nicht als Fremdstoff zu deklarierenden Beimischungsstoffe enthält. Auf diese Weise soll die Farbe "Annatto" dem natürlichen "Carotin" gleichgestellt und nicht gekennzeichnet werden! Eine offene Täuschung! Nach den Entwürfen sollen weiter der Deklarationspflicht entzogen werden die Lebensmittel, die mit fremdstoffhaltigen Lebensmitteln vermischt werden, z.B. bei zugesetzten Konservierungsmitteln, wenn die Beimischung höchstens zehn Prozent beträgt. Nach Meinung der Wissenschaftler kann es - wenn überhaupt - erst bei einem Anteil von höchstens zwei Prozent verantwortet werden. Bei den Farben gibt es ähnliche Maßstäbe. Die bisher vorgelegten Rechtsverordnungen enthalten einen Absatz, in dem bestimmt wird, daß die Deklarierungspflicht obendrein um ein weiteres Jahr, dann also zwei Jahre nach Verkündung des Lebensmittel-Gesetzes, herausgeschoben werden soll. Für diese Bestimmung des Bundesinnenministeriums gibt es im Gesetz überhaupt keine Grundlage. Es schreibt eindeutig die Inkraftsetzung per 21. Dezember 1959 vor! Die allgemeine Fremdstoff-Liste enthält eine Anzahl Stoffe, die nach dem Wortlaut des Lebensmittel-Gesetzes nicht als "fremde Stoffe" zu bezeichnen sind. Sie müssen sehr eingehend geprüft werden, da sie keinem Beimischungsverbot unterliegen, nicht deklarationspflichtig sind und auch vom Verbot gewisser Wertbezeichnungen, wie "rein, natürlich, gesundheitlich verträglich usw." ausgenommen werden. Diese ersten Verordnungen zur neuen Lebensmittel-Novelle sind präjudizierend für alle späteren Auslegungen dieses Gesetzes. Sie bedürfen einer besonderen Beachtung. Sie müssen den Willen des Gesetzgebers und die Erwartung der Bevölkerung eindeutig und unauslegbar wiedergeben. Und dieser Wille heißt immer noch: Klarheit und Wahrheit auf dem Warenmarkt, größtmöglicher Schutz der Gesundheit! + + + -4-

Belgrad sucht nach neuen Initiativen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Jetzt ist auch in Belgrad die politische Sommerpause zu Ende gegangen. Das Parlament bereitet sich auf seine erste Sitzung vor, der Regierungssprecher hat die erste wöchentliche Pressekonferenz der Saison abgehalten, und Staatschef Tito hat auf seiner Reise durch die kleinste und wirtschaftlich am schwächsten entwickelte Republik Montenegro zwar hauptsächlich zu innenpolitischen Fragen Stellung genommen, die Außenpolitik dabei jedoch nicht ganz vergessen.

Grundsätzlich neue Aspekte und Einschätzungen der internationalen Situation hat es jedoch nicht gegeben. Staatschef Tito bestätigte, was von einsichtigen politischen Beobachtern bereits seit Monaten festgestellt wird, daß die Beziehungen Belgrad - Moskau normal seien. Daß es gelegentlich noch zu Nachhutgefechten mit anderen Ostblockstaaten kommt, spielt für die generelle Entwicklung, die zu einer völligen Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen Jugoslawien - Ostblock hinstrebt, kaum eine ernstzunehmende Bedeutung.

Zu der positiven Einschätzung der Doppelbegegnungen Eisenhower - Chruschtschow gesellte sich die Unterstützung der sowjetischen Abrüstungsvorschläge. Worauf hiesige Beobachter jedoch mit Spannung gewartet haben, ob es zu einem Besuch des Staatschefs Tito in die USA kommen werde, blieb vorerst noch unerwähnt. Dies widerlegt trotzdem nicht den Wahrheitsgehalt solcher in Belgrad kreisenden Gerüchte und darf gegenwärtig als einer der wichtigsten Aspekte der jugoslawischen Außenpolitik eingeschätzt werden.

Belgrads außenpolitische Bedeutung unterliegt auf dem Hintergrund des weiteren Auftauens des Kalten Krieges der Gefahr, geringer eingeschätzt zu werden. Mit den übrigen blocklosen Neutralen könnte auch Jugoslawien das mögliche Los teilen, in Zukunft in geringerem Maße von den beiden Blöcken umworben zu sein.

Spezifisch für Belgrad kommt hinzu, daß seine Rolle, ein ideologisches Ausstrahlungszentrum für den Ostblock zu werden, kaum noch allzu viele Chancen besitzt. Dafür zeugt die Tatsache, daß trotz der in den letzten Jahren in einigen Ostblockstaaten erfolgter Dezentralisierungsmaßnahmen wegen des Vorsprechens der Sowjetunion und der gleichzeitig geführten anti-jugoslawischen Kampagne eine Identifizierung dieser Reformen mit jugoslawischen Vorbildern im Bewußtsein der betreffenden Völker nicht stattgefunden zu haben scheint.

Eine Abschwächung der Bedeutung Belgrads könnte für die definitive Gestaltung der Politik im Weltmaßstabe zweifellos geringfügige, für Jugoslawien selbst jedoch stärkere Folgen haben. Die hier seit Jahren praktizierte Wirtschaftspolitik einer intensiven Industrialisierung bei entsprechend geringerem Konsumverzicht für die Bevölkerung als in anderen Ostblockstaaten war nur auf der Grundlage großer Auslandskredite möglich. Und diese wiederum waren teilweise Funktion der blockfreien jugoslawischen Außenpolitik. Aus dieser Verquickung könnten sich in der Zukunft einige Probleme ergeben.

Es kann unargeszweifelt bleiben, daß von Belgrad zu erwartende Initiativen in der Abrüstungsfrage - stärkere Einschaltung der Neutralen über die UNO - dahin zielen, Kursverluste an der politischen Weltbörse zu vermeiden. Auch die Verwirklichung des 1957 abgesagten Tito-Besuchs in die USA würde zu einer Stärkung des jugoslawischen Ansehens in der westlichen Welt sehr viel beitragen und nach Chruschtschows Pfadfinderdiensten auch im Ostblock kaum noch allzu "proimperialistisch-revisionistische" Verdächtigungen hervorrufen können. + + +

Der "zähe, schlammige Krieg" in Laos

ED - Kaum jemand dürfte zur Stunde Genaues über die Ereignisse im fernöstlichen Königreich Laos sagen können. Die noch vor Wochen so dramatischen Berichte über das Vordringen der kommunistischen Rebellen und die an diese angeblich gewährte Hilfe Chinas und Nordvietnams sind nahezu verstummt. Fast möchte man annehmen, die Aufstellung der UNO-Untersuchungskommission habe die streitenden Parteien zum Stop ihrer Aktionen gezwungen, denn zumindest sind die Kommunisten ruhig. Die hohe Belohnung, welche von der königlich-laotischen Regierung auf die Ergreifung eines Nordvietnamesen ausgesetzt worden ist, hat sich noch niemand verdienen können. Und gerade einen solchen Gefangenen aber benötigt man in Vientiane, will man der UNO-Kommission den Nachweis über die Intervention Hancis in Laos erbringen können.

Die inneren Auseinandersetzungen in den hohen Führungsgremien der laotischen Regierung aber scheinen weiterzugehen. Die jungen Offiziere und Beamten sind unzufrieden mit der nach ihrer Ansicht "lahmen" Führung des Staates. Was ihnen vorschwebt, ist ein mehr autoritäres Regime nach der Art der Diktaturen in Thailand und Südvietnam. Vor allem wollen sie an die Stelle der bisherigen defensiven Kriegsführung gegen die Kommunisten eine offensive militärische und politische Aktion setzen. Ihnen ist klar, dass sie zu solchen Unternehmungen nicht nur mehr Waffen und Munition benötigen, auch die Truppenstärke und - was sehr wichtig ist - das ideologische Niveau der Soldaten müsste beträchtlich angehoben werden.

Es ist keinesfalls ausgeschlossen, dass der "zähe, schlammige" Krieg in Laos nach einer kurzen taktischen Ruhepause wieder von neuem aufflammt, wobei dann die Rolle und die Stellung Peking's von entscheidender Bedeutung ist. Die Chinesen dürften bereit sein, einen begrenzten, für südostasiatische Verhältnisse aber ziemlich grossen Konflikt zu wagen, wenn die Aussicht besteht, das Indien in einer solchen Phase neutralisiert werden könnte. Einziges Hemmnis einer solchen "tabula-rasa"-Politik wäre dann nur mehr die Sowjetunion, von der China nicht nur wirtschaftlich unabhängig ist, sondern die bislang kaum ein echtes Interesse an der Anheizung des Unruhefeuers in Südostasien gehabt hat. Das aber könnte sich ändern, falls der sowjetische Premier von seinem Amerika-Besuch mit der Auffassung zurückkommt, dass ein stärkeres Engagement der Russen am Pazifik angesichts einer unverändert versteiften Lage nützlich ist. Erst von diesem Augenblick an würden die Schermützel in Laos weltpolitische Bedeutung erlangen, denn dann würde dort über mehr entschieden als über eine mögliche Gewinnung einer neuen chinesischen Satrapie.

Schnelle Wandlung

sp - Chruschtschows Abrüstungsrede vor der UNO ist jetzt gerade eine Woche alt. In dieser relativ kurzen Zeit erlebte die Beurteilung dieses visionären Vorschlages eine erstaunliche Wandlung. Während man in den ersten 48 Stunden nach der Rede Chruschtschows durch Überschriften in der Weltpresse, zahllose Kommentare und Leitartikel darüber belehrt wurde, Chruschtschow habe eine propagandistische Mondrakete losgelassen, deren reale Bedeutung kaum anders zu bewerten sei, als ein Hintertreppenroman, wurde noch vor Ablauf dieser Woche eine ganz andere Sprache laut.

Die bedeutendsten Staatsmänner der westlichen Welt haben zur sorgfältigen Prüfung des Chruschtschow-Vorschlages geraten. Die UNO-Vollversammlung beschloß mit überraschend großer Mehrheit, den Abrüstungsantrag der Russen gesondert und unabhängig von den übrigen Abrüstungsvorschlägen auf die Tagesordnung zu setzen. Gewissenhafte Untersuchungen über die Möglichkeiten wirksamer Kontrollen wurden angestellt. Heute spricht niemand mehr davon - wie es in den ersten Tagen geschah - man solle die Chruschtschow-Rede einfach zu den Akten legen und zur Tagesordnung übergehen. Im Gegenteil, selbst ein so vorsichtiger Mann wie der frühere demokratische Präsidentschaftskandidat der Vereinigten Staaten, Adlai Stevensen, meinte, man müsse den Abrüstungsplan der Russen sehr ernst nehmen.

In Genf rüsten sich die Atomexperten der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten bereits zur nächsten Runde in den Verhandlungen über wirksame Kontrollen von Atomwaffen-Versuchen. In englischen Wahlkampf kommt das Problem der regional begrenzten Abrüstung und der Reduzierung konventioneller Rüstungs- und Gruppenbestände immer mehr in den Vordergrund.

Die Aussichten für ein Gipfeltreffen, das die "große Bereinigung" bringen soll, werden jetzt allenthalben günstig beurteilt. Hierbei scheint sich herauszustellen, daß die Hemmungen bei den "Großen" geringer sind als bei den "Kleinen". Washington und Moskau werden sicher noch sehr aktiv werden müssen, um die Steine auf dem Wege zum Gipfel wegräumen zu können.

Kein Recht, mit Steinen zu werfen

sp - Der Beschluss der Industriegewerkschaft Druck und Papier, eine Studienkommission in die DDR zu entsenden, die die Verhältnisse in den graphischen Betrieben Mitteldeutschlands untersuchen soll, hat, wie zu erwarten war, heftige Kontroversen ausgelöst. Man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, ob dieser Beschluss politisch weise war. Er wurde auch erst nach sehr harten Auseinandersetzungen auf dem hannoverschen Gewerkschaftstag der IG-Druck und Papier gefasst; es waren vor allem die jüngeren Delegierten, die darauf drängten und schliesslich eine Mehrheit für ihren Antrag fanden.

Es ist fraglich, ob diese Studienkommission überhaupt Gelegenheit bekommen wird, in wirklich freien und ungezwungenen Gesprächen Beobachtungen zu sammeln. Dem FDGB in der Zone fehlen alle Merkmale einer freien Gewerkschaft, er ist ein Exekutivorgan einer Partei und des Staates, von ihm erhält er seine Weisungen. Die Arbeitnehmer in der DDR haben kein Streikrecht, jenes elementare Recht, um dessen Durchsetzung die Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert so schwere Opfer gebracht hat, und das heute Wesensbestandteil einer freien Gesellschaft ist. Das wissen auch die Mitglieder der zu entsendenden Studienkommission; sie dürften sich keinen Illusionen hingeben. Wenn sie dennoch einen solchen Beschluss fassten, so doch wohl nur darum, weil sie auch die geringste Möglichkeit ausnutzen wollen, die menschlichen Kontakte mit den Brüdern und Schwestern jenseits des Eisernen Vorhangs zu pflegen. Sollte ihnen Übricht wirklich die Einreise erlauben, so werden alle "Bekehrungsversuche", die zu erwarten sind, an der Standhaftigkeit dieser erprobten Gewerkschaftler scheitern.

Wie gesagt, die politische Weisheit dieses Beschlusses kann man mit guten Gründen in Zweifel stellen. Aber es geht nicht an, den Mitgliedern dieser Studienkommission ehrenrührige Motive zu unterstellen, wie etwa das, sie wollten durch ihre Erkundungsfahrt in die Zone die Abwehrkraft unserer bundesrepublikanischen Demokratie schwächen. Ein solch schwerwiegender Vorwurf wurde erhoben und zwar vom Deutschland-Union-Dienst, dem offiziellen Pressedienst der CDU. Er hat wirklich kein Recht, mit Steinen zu werfen. Sieht er etwa in den vielen Geschäftsleuten und westdeutschen Unternehmungen, die aus zahlreichen Gründen auf der Leipziger Messe nach neuen Absatzmärkten suchen, auch potentiell Aufgeweichte? Wird er auch diese Geschäftsleute verdammern, obwohl von ihnen bekannt ist, dass sie in der Zone "offizielle Kontakte" suchten und fanden? Der DUD wird sich allerdings vor einem solchen Vorwurf hüten, denn dann käme er innerhalb der eigenen Partei in die grössten Schwierigkeiten.

Und noch etwas: der umstrittene Beschluss der IG-Druck und Papier ist nur zu verstehen vor dem düsteren Hintergrund der deutschen Spaltung, die von den um die Zukunft unseres Volkes besorgten Kräfte immer schmerzlicher empfunden wird und die Bundesregierung beunruhigt. Für den sterilen Zustand in der Deutschland-Politik trägt die Bundesregierung unter der Führung ihres Bundeskanzlers Adenauer ein gerütteltes Mass Verantwortung.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel